

Die EU-Politik des »more for more« ist nicht länger angemessen

Andrej Jahorau, Minsk

Der EU-Gipfel in Vilnius war kein herausragendes Ereignis. Seine Ergebnisse können weder als besonders erfolgreich noch als Ausdruck des Scheiterns betrachtet werden. Das Hauptziel, die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der Ukraine, wurde zwar nicht erreicht. Doch wurden die Assoziationsabkommen mit Georgien und Moldowa paraphrasiert, das Visasierleichterungsabkommen mit Aserbaidschan sowie einige weitere weniger bedeutende Abkommen unterzeichnet. Dies sind immerhin einige Zeichen der Annäherung der Länder der »Östlichen Partnerschaft« an die EU. In diesen Prozess fügt sich auch die belarussische Erklärung, Verhandlungen über ein Visasierleichterungsabkommen mit der EU zu beginnen, ein.

Fehlendes Konzept

Insgesamt ist es freilich besorgniserregend, dass die Gipfelteilnehmer weder über genaue Analysen der aktuellen Situation noch über konkrete Vorstellungen über die weitere Gestaltung der »Östlichen Partnerschaft« verfügen. Vorherrschend war die Position, wie bisher weiterzumachen unter Anwendung des Prinzips »Mehr für mehr« sowie unter Beibehalt des formalistischen Verständnisses von Annäherung im Sinne der Übernahme von EU-Standards in die nationale Gesetzgebung, der Kooperationsentwicklung in bestimmten Bereichen (Energie, Infrastruktur, people-to-people-Kontakte) und der Unterzeichnung von Standardabkommen. Dabei ist offensichtlich, dass die »Östliche Partnerschaft« ihre Ziele nicht in vollem Umfang erreicht. Dies zeigt sich an den Kehrtwendungen von Armenien und der Ukraine sowie an den fehlenden Fortschritten im Umgang mit Belarus. Die EU hat den Einfluss Russlands mit seinen antagonistischen strategischen Interessen unterschätzt sowie nicht ausreichend berücksichtigt, wie sehr sich die Länder der »Östlichen Partnerschaft« von den ehemaligen osteuropäischen Beitrittsstaaten unterscheiden. Es ist unmöglich, institutionelle Reformen nach europäischem Vorbild in den Ländern der »Östlichen Partnerschaft« durchzuführen, ohne die innenpolitische Situation in diesen Ländern und die geopolitischen Spiele in der gesamten Region zu berücksichtigen. Sollte die EU diese Aspekte weiter ignorieren, droht der »Östlichen Partnerschaft« eine ernsthafte Krise.

Die ukrainische Kehrtwende

Die Weigerung der ukrainischen Führung, das Assoziationsabkommen mit der EU zu unterschreiben, hat

weitgehende Folgen für die gesamte Region. Indem die Ukraine die Entscheidung über eine vertiefte Kooperation mit der EU aufschiebt, verschiebt sie auch die für das Land notwendigen strukturellen Reformen. Gleichzeitig verstärkt sich aufgrund der offenen geopolitischen Wahl die politische Konfrontation zwischen pro-europäischen und pro-russischen Kräften in der Ukraine. Dadurch erhöhen sich auch die Druckmöglichkeiten Russlands auf die ukrainische Führung. Je länger die Ukraine ihre Wahl hinauszögert, um so schwieriger und teurer wird sie in der Zukunft werden.

Für Belarus hat diese Entwicklung politische und wirtschaftliche Folgen. Denn die Ukraine ist nach der EU und Russland der dritt wichtigste Handelspartner der Ukraine. Belarus ist daher erstens an wirtschaftlichem Wachstum und politischer Stabilität in der Ukraine interessiert – was eigentlich einen europäischen Entwicklungsweg des Landes impliziert. Zweitens ist die Annäherung der Ukraine an Russland für Belarus nachteilhaft. Denn der Handlungsspielraum in den komplizierten Beziehungen mit Russland verringert sich dadurch, dass Belarus nicht länger die Rolle des einzigen westlichen Bündnisgenossen Russlands spielen und für diese geopolitische Loyalität Dividenden kassieren kann. Mit einer prorussischen Ukraine eröffnen sich vielmehr neue Möglichkeiten für Russland, Druck auf Belarus auszuüben, Subventionen zu kürzen und auf der Privatisierung von Betrieben zu bestehen, die für das russische Kapital von Interesse sind. Drittens befördert der ukrainische Verzicht auf das Assoziationsabkommen die autoritären Tendenzen im Land analog zu den Entwicklungen in Belarus und Russland. Dadurch werden die pro-europäischen und reformorientierten Kräfte in Belarus weiter geschwächt.

Erforderliche Neujustierung

Um ihre Initiative »Östliche Partnerschaft« weiterzuentwickeln, sollte die EU an ihrem Instrumentarium arbeiten. Über den jeweiligen Instrumenteneinsatz sollte in Abhängigkeit davon entschieden werden, ob dieser geeignet ist, die Länder der »Östlichen Partnerschaft« in den Orbit der europäischen Transformationsprozesse zu ziehen. Dies bedeutet auch einen partiellen Verzicht auf das Prinzip »more for more«, da dieses den Grad der Annäherung an die EU ausschließlich von den Entscheidungen der regierenden politischen Führungen in den jeweiligen Ländern abhängig macht. Die ukrainische Situation zeigt deutlich, dass politische Führung und Gesellschaft entgegengesetzte Orientierungen verfolgen.

Deshalb könnte die EU hierauf angemessen antworten, indem sie den Handlungen der Regierung »weniger« und den Anliegen der Gesellschaft »mehr« Unterstützung gibt. Eine solche Vorgehensweise würde allerdings eine erhebliche Politisierung der Initiative »Östliche Partnerschaft« bedeuten, die EU-Akteure müssten sich mehr mit der innenpolitischen Situation auseinandersetzen und die Unterstützung der proeuropäischen Kräfte in den Ländern der »Östlichen Partnerschaft« ausdehnen.

Das multilaterale Format der »Östlichen Partnerschaft« sollte beibehalten und weiterentwickelt werden. Denn die Länder der Region und die EU haben viele gemeinsame infrastrukturellen Interessen in den Bereichen Verkehr, Energie, Umwelt etc. Zudem können viele

Probleme, wie die sogenannten »eingefrorenen« regionalen Konflikte, nur gemeinsam gelöst werden. Und schließlich eröffnet es die Möglichkeit, nicht nur die Beziehungen mit der EU, sondern auch untereinander zu entwickeln.

Die EU ist nun in den geopolitischen Konflikt mit Russland in der Region der »Östlichen Partnerschaft« hineingezogen. Die strategische Partnerschaft, welche die EU über lange Jahre mit Russland aufzubauen versuchte, hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Es geht daher im Augenblick nicht darum, die Handlungen der EU mit Russland abzustimmen, sondern die Beziehungen der EU mit Russland einer komplexen Analyse und Neubegründung zu unterziehen.

Über den Autor:

Andrej Jahorau ist Direktor des Zentrums für europäische Transformation (<<http://cet.eurobelarus.info>>) und nationaler Koordinator des Zivilgesellschaftlichen Forums innerhalb der »Östlichen Partnerschaft«.

Lesetipps:

- Andrei Jahorau und Yury Chauvusau: Dialogue limited to technical and diplomatic level. The Eastern Partnership Roadmap to Vilnius. Belarus: Assessment May 2012 – October 2013, <<http://www.eap-csf.eu/assets/files/Articles/Web/Roadmapreports/Belarus%20roadmap%20monitoring%20csf%20nov%202013%20%283%29.pdf>>
- Andrei Jahorau: The Belarusian Issue in Run-up to the Eastern Partnership Summit in Vilnius, in: BelarusInfo-Letter, hrsg. vom Eastern Europe Studies Centre in Vilnius, 6/2013, S. 3–5, <http://www.eesc.lt/uploads/news/id521/Bell%202013_6%2836%29.pdf>
- Andrei Jahorau: About the tasks of the Country Facilitator, 4.11.2013, <<http://eurobelarus.info/en/news/politics/2013/11/04/andrei-yahorau-about-the-tasks-of-the-country-facilitator.html>>

Übersetzung aller Texte aus dem Russischen von Astrid Sahm